

Posener Zeitung.

Sechshundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei H. A. Schlegel, Hof-
Dr. Gerber u. Dreier, bei
Otto Krich in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei S. Chaykewitz,
in Breslau bei H. Matthies,
in Breslau bei J. Jabsky
u. bei den Inseraten-Anstalten
von G. J. Pander & Co.,
Hanselstein & Kögler, Rudolf Meise
und „Invalidenbank“.

Nr. 859.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei
Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz
Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausga-
bestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des
Deutschen Reiches an.

Sonnabend, 7. Dezember.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren
Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten
Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bever-
zugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expe-
dition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für
die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

Amtliches.

Berlin, 6. Dezember. Der König hat den Regierungs-Rath von Gersdorff in Weeslow zum Landrath des Kreises Weeslow-Storow, sowie den ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät, Geheimen Medizinal-Rath Dr. Belman, Direktor der Provinzial-Irrenanstalt zu Bonn, zugleich zum Mitglied des Medizinal-Kollegiums der Rheinprovinz ernannt; ferner den Rechtsanwältin Kamp in Krefeld, Bulich in Köln, Coblenzer in Koblenz, Kramer in Düsseldorf und Rieth in Köln den Charakter als Justiz-Rath verliehen.
Der Rechtsanwalt Schulze in Gifhorn ist zum Notar für die Bezirke des Landgerichts zu Hildesheim und des Amtsgerichts zu Hildesheim, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gifhorn, ernannt worden. Der Notar Schwenger in Calcar ist nach Klee versetzt worden.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung vom 6. Dezember, 12 Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung der Bank-Novelle.

Zu derselben liegen wiederum die Resolution Stolberg, betr. die Verstaatlichung der Reichsbank und die Resolution Mooren auf Befestigung der Kommunalsteuervereinfachungen und Kommunalzuschüsse für Reichsbankfilialen vor.

Neu eingebracht ist ferner der Antrag, bereits bei Ueberschreitung einer Gesamtdividende von 5 Prozent der Anteilseigner — statt 6 Prozent der Vorlage — eine Vertheilung des weiter verbleibenden Restes zwischen der Reichs- (1) und den Anteilseignern (1) eintreten zu lassen. Der Antrag, welcher in zweiter Lesung vom Febr. v. Huene (Centr.) eingebracht und damals abgelehnt worden, ist diesmal vom Abg. Graf Mirbach (Cons.) gestellt.

In der Generaldiskussion bemerkt:

Abg. Klemm (Sachn., l.): Ich werde aus den von mir schon bei der zweiten Lesung angeführten Gründen gegen den Antrag Stolberg stimmen. Ich gebe ja zu, daß die Interessen des Fiskus mit denen der Bankantheilhaber kollidieren. Die Reichsbank hat aber nicht den Zweck, den lediglich kommerziellen Banken möglichst Geld zu machen. Ihr höherer Standpunkt ist in dem § 12 ihrer Statuten deutlich ausgesprochen. Wegen dieses Zwecks meine ich aber auch, daß die Bank ein Interesse daran hat, die Bankantheilhaber an ihr Interesse zu fesseln; da würde freilich auch schon die Entschädigung nach dem Antrage Mirbach ein billiger Ausgleich sein.

Abg. Huene (Centr.): Ich werde für den Antrag Mirbach, der dem von mir bei der zweiten Lesung gestellten Antrag entspricht, stimmen. Ich habe ihn selbst nicht wieder gestellt, weil ich nicht glaube, daß ein Antrag, der bei der zweiten Lesung abgelehnt ist, Aussicht auf Annahme in der dritten Lesung hat.

Abg. Graf Mirbach (Cons.): Wenn ich hier meinen Antrag vertrete, spreche ich nicht für die Gesamtheit, aber doch für eine stattliche Mehrheit meiner Gesinnungsgenossen. Auch Herr Damberger wird zugeben müssen, daß dem Reiche größere Ueberschüsse bei Annahme unseres Antrages erwachsen würden als nach der Regierungsvorlage. Noch größer freilich wäre der finanzielle Effekt bei der Verstaatlichung, gegen welche übrigens mit Unrecht von Herrn Damberger politische Bedenken geltend gemacht worden sind; denn der Herr Reichsfinanzminister dürfte es kaum für zweckmäßig halten, seine Nachschüsse auch in Bezug auf die Reichsbank noch weiter auszubehnen.

Gegen die Verwaltung und die vorzügliche Leitung der Reichsbank haben wir absolut nichts einzuwenden. Unsere Opposition geht nicht aus der Abneigung gegen den Bankstand hervor. Wir bezweifeln seine patriotische Gesinnung nicht im Mindesten, und ich schätze den Bankier ebenso hoch wie den Grundbesitzer. Wir wenden uns nur gegen die Auswüchse des Bankhandels. Ich habe keinen Anlaß, Mißgunst gegen das Großkapital zu hegen. Ich halte es für einen sehr berechtigten Faktor des öffentlichen Lebens. Wir „Agrarier“ wollen auch nicht immer von Nothständen sprechen, wir wünschen nur einen verlässlichen Personalkredit der Reichsbank für den Grundbesitz, wo die absolute Sicherheit der Rückzahlung gewährleistet ist. Hierfür noch besondere Banken einzurichten, hat gegen sich, daß die vielen Filialen der Reichsbank gerade über die Verhältnisse des Grundbesitzes ausgebreitete Sachkenntnis gewähren, welche sich als sehr nutzbar erweisen könnten. Wir hoffen auf das Wohlwollen des Reichsbank-Präsidenten nach dieser Richtung hin, daß ja auch bewiesen ist bei dem Nothstand in Ostpreußen bei den Ueberschwemmungen dieses Frühjahrs.

Ich halte meine Rechnung auch den Ausführungen des Herrn Geheimraths Wickenburg gegenüber voll aufrecht. Gegenüber den finanziellen Vortheilen des Antrages auf Verstaatlichung der Reichsbank ist allerdings der finanzielle Effekt unseres Antrags nur minimal. Wäre die Kerntruppe der Regierung in dieser Frage, die freisinnige Partei für die Verstaatlichung der Reichsbank, so hätten wir die Millionen für die Kolonialpolitik ohne Weiteres da. (Lachen links.)

Wir glauben ja gern, daß das Großkapital seinen Einfluß auf die Reichsbank, der doch immerhin eine bedeutende Rolle bei den Beschlüssen spielt, nicht aufgeben will, denn für das große Kapital glebt es ja so schöne Verwendungsarten. Wir stehen ja. B. augenblicklich unter dem Stern der Bierpaläste. (Heiterkeit.) Ich meine aber doch, daß eine Ersparnis zu Gunsten der Steuerzahler, wie sie in unserem Antrage enthalten ist, mehr wiegt. (Beifall rechts.)

Reichsbankpräsident v. Deder: Ich glaube kaum, daß das Großkapital besondere Vorliebe für Bierpaläste hat. Ich wenigstens habe seit fünf Jahren kein Bier getrunken. (Heiterkeit.)

Ich kann dem Vordränger versprechen, wenn der Nothstand in Ostpreußen sich wieder zeigt, werde ich nicht fehlen. (Beifall rechts.) Sehr viel näher können hierfür die Darlehnskassen. Den Leistungen derselben verdanke ich meine ganze Karriere. Nicht entsprechen kann ich aber dem Wunsch, daß neben dem Kapital der Reichsbank auch ein besonderes Kapital als Kredit für den Grundbesitz geschaffen werde. Man will das Kapital beschaffen wissen, es aber nicht selbst schaffen. Der Weg, der hier am besten helfen kann, ist derjenige der Bildung von Genossenschaften für den Grundbesitz. In Frankreich besteht für den Grundbesitz ein besonderes Zentralkomitee mit Provinzialzweig-

anstalten, das mit der Bank in Verbindung steht und so mit Hilfe der Bank dem Grundbesitz viel genützt hat. Ein solches Zentralkomitee würde vielleicht auch für unseren Grundbesitz der beste Weg sein. Aber man darf nicht verlangen, daß ich ein solches bilden soll, daß es eine Nebenanstalt der Reichsbank sein sollte. Eine solche Kombination mit einer Notenbank halte ich für sehr bedenklich. Wir haben ein solches Institut, aber das begegnet auch vielen Bedenken. Bilden Sie also selbst solche Institute, und Sie können sich darauf verlassen, daß die Reichsbank Ihnen kräftig unter die Arme greifen wird.

Was den Antrag Mirbach angeht, so ist es außerordentlich hart, wenn man noch weiter gehen wollte in der Beschränkung des Gewinnanteils der Bankantheilhaber, als die Regierungsvorlage. Sie vergessen ganz, daß eine große Zahl der jetzigen Bankantheilhaber die Bankantheilscheine zu 180 St. übernommen haben in der Voraussetzung, daß im Laufe der Zeit das Agio sich durch diese Gewinnanteile wieder ausgleichen würde. Wenn wir aber dem Wunsche des Grafen Mirbach nachgeben wollten, so würde nach 10 Jahren diese Differenz zwischen dem Agio und der Ausgleichung desselben durch die Dividende ebenso wenig gedeckt sein, wie jetzt, und deswegen kann ich nur dringend empfehlen, den Antrag nicht anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Strombeck (Centr.): Herr Graf Mirbach überschätzt die finanzielle Tragweite seines Antrages, derselbe würde nur einen finanziellen Effekt von 300 000 Mark haben. Ich glaube auch nicht, daß die Anteilseigner auf den Antrag eingehen würden, und wir müßten uns dann einer Kündigung aussetzen. Eine staatliche Reichsbank aber, wie sie der Abg. Stolberg will, leidet an zu großer Unsicherheit im Falle eines Krieges und auch bei inneren Unruhen. Wie wir eine Stürmung des Zeughauses erlebt haben, könnten wir auch eine solche der Reichsbank erleben. Dem Antrag Stolberg können wir auch deshalb nicht zustimmen, weil ihm implizite der Gedanke zu Grunde liegt, die große Macht des Reiches zwangsweise gegen das Privateigentum der Bankantheilseigner zu benutzen. Das ist mir unsympathisch. Ich habe den Wunsch, daß nach den schweren Verletzungen des Kulturkampfes und nach dem Kampfe mit der Sozialdemokratie nicht neue Differenzen zwischen Reich und Privateigentum geschaffen werden. Ich erkläre mich für die Regierungsvorlage.

Abg. Dr. Meyer-Halle (Frp.): Ich bin mit Herrn Grafen Mirbach ganz einverstanden, daß man nicht bei jeder Gelegenheit gleich einen Nothstand proklamieren sollte. Sein Antrag aber bedeutet nichts weiter als eine verschleierte Verstaatlichung. Er würde die Anteilseigner in Konjunktur verwandeln. Dann sollte man schon direkt die Verstaatlichung vorsehen.

Auch wir sind der Ansicht, daß die Politik mit der Reichsbank nichts zu thun haben soll. Kreditwesen und politische Verordnungen müssen streng auseinandergehalten werden. Daß die Reichsbank in vermehrter Weise für den Kredit der Landwirtschaft Sorge, können wir als berechtigt nicht anerkennen. Wenn früher einmal mein Freund Dastler sich für Kreditgewährung der Reichsbank an die Landwirtschaft ausgesprochen hat, so lag das daran, daß damals das Aktienwesen noch nicht bestand, sondern sehr von der Regierung beschränkt wurde. Jetzt können sich die Landwirthe Kredit durch Aktien, also durch eigene Kraft schaffen. Das Wesen des Wechselkredits ist darin zu finden, daß einem soliden Käufer, der sich mit neuen Vorräthen versehen hat und auf Kredit für dieselben sicheren Absatz hat, Kredit gewährt wird, aber der Landwirth hat das Unglück, daß ihm Alles gleich baar bezahlt wird. (Heiterkeit.)

Wir sind für die Regierungsvorlage. Sie geht von Anschauungen aus, die wir billigen. Man verpöthet uns als Kerntruppe der Regierungsparteien. Man wird uns aber wohl zutrauen, daß wir uns damit bei der Regierung nicht einschmeicheln wollen. (Heiterkeit.) Wenn wir für die Regierung stimmen, dann liegt eine starke Garantie vor, daß die Regierung sachlich Recht hat, sonst würden wir uns die Opposition nicht entgehen lassen. (Große Heiterkeit.)

Herr Graf Mirbach hat gemeint, mit den Ersparnissen aus seinem Antrage können wir die Mittel für die Kolonialpolitik aufbringen. Wenn Sie (nach rechts) die Garantie schaffen, daß die Kolonialpolitik in keinem einzigen Jahre eine größere Summe kostet, als diejenige, welche durch den Antrag Mirbach erspart werden könnte; wir würden schwach (Heiterkeit) und würden sagen: Ja, machen wir die Kolonialpolitik, die ist billig zu haben (Heiterkeit). Wir sind für Sparsamkeit, aber auch für Würde und Repräsentation. Mittel für unnütze Zwecke verweigern wir, Nothwendiges wollen wir in würdiger Weise ausstatten.

Die Reichsbank muß ein hohes Ansehen genießen im Inland und im Ausland, und die hohe Dividende, die wir den Anteilseignern zahlen, wirkt einen glänzenden Reflex auf den Zustand der Reichsbank. (Lachen rechts.) Und wenn der Antrag Mirbach angenommen würde, dann, glaube ich, wird man im Auslande danach suchen, wie das jüngste Wort unseres parlamentarischen Vergilens „rupp“ klangmäßig ins Englische und Französische übertragen werden kann. (Große Heiterkeit; Beifall links.)

Abg. Mooren (Centr.): Im Interesse der Gemeinden muß ich auf die unbedingten Steuerbefreiungen und -Erläuterungen der Reichsbankfilialen zurückkommen. Eine einzige kleinere Stadtgemeinde hat z. B. 135 000 M. in zwölf Jahren an die Reichsbank gezahlt. Um so schlimmer ist diese Praxis, als in dem Vorgehen der Reichsbank in dieser Beziehung System zu liegen scheint. Es scheinen auch häufig die betreffenden Gemeinderathsbeschlüsse auf Gewährung dieser Vergünstigungen etwas künstlich zu Stande gekommen und zum Theil nachträglich umgehoben zu sein. Die Reichsbank ist ein genau so im allgemeinen Interesse liegendes Institut wie die Post- und Telegraphenverwaltung und sollte deshalb denselben Grundsätzen unterliegen.

Reichsbankpräsident v. Deder: Als Bürgermeister von Guben nimmt ich der Antragsteller natürlich der Interessen der Stadt an, aber die Verhältnisse in allen diesen Städten sind nicht derart, daß Reichsbankfilialen einen großen Nutzen haben. Soll man aber an einem Ort, wo kein allgemeines Bedürfnis für eine Bankanstalt vorhanden ist, auf Reichskosten Reichsbeamte anstellen, ohne daß die Stadt, die allein Vortheil hat, irgend etwas zu den Kosten beiträgt? Ein Solal herzugeben, ist wahrlich nicht zu viel verlangt. Wer hat denn den Antragsteller zum Vertreter von Ruß und Dären und der anderen Städte gemacht. Ich habe keine Vollmacht von ihm gesehen. (Heiterkeit rechts.) Er erregt mit seinem Antrag nur Unzufriedenheit in den kleinen Städten.

Abg. Mooren (Str.): Ich bin von den Magistraten und Bürger-

schaften einer Reihe rheinischer Städte beauftragt worden, ihre Wünsche in dieser Richtung zum Ausdruck zu bringen.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialdiskussion macht

Abg. Graf Stolberg (Cons.) darauf aufmerksam, daß der Staats-Sekretär des Reichsamtes des Innern im Gegensatz zum Reichsbank-Präsidenten ausgesprochen habe, daß die Regierung prinzipiell gegen die Verstaatlichung nicht wäre. Der Antrag Mirbach wolle nichts Unbilliges; wenn die Anteilseigner es nicht wollten, könnten sie die Offerte ablehnen.

Abg. Büsing (nl.) erklärt, daß seine Partei aus den in der zweiten Lesung erörterten Gründen gegen die Abänderungsanträge und für die unveränderte Vorlage sei.

Abg. Graf Mirbach (Cons.) hält den Standpunkt der Regierung für rein kapitalistisch ohne genügende Berücksichtigung der fiskalischen Reichsinteressen.

Abg. Singer (Soz.) bedauert, daß die Resolution Stolberg zur Abstimmung nicht mehr vorliege und erklärt für den Antrag Mirbach stimmen zu wollen. Damit schließt die Diskussion.

Zur Abstimmung liegt da über die Resolution Stolberg bereits in zweiter Lesung entschieden ist, zunächst der Antrag Mirbach vor. Derselbe wird in namentlicher Abstimmung mit 126 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmen die Freisinnigen, National-Liberalen, sowie ein Theil der Reichspartei und der kleinere Theil der Konservativen und des Centrums.

Die einzelnen Paragraphen der Vorlage werden unverändert, ebenso in der Schlussabstimmung das Gesetz im Ganzen angenommen.

Die Resolution Mooren wird abgelehnt.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats fortgesetzt mit dem

Etat der Eile und Verbrauchssteuern.

Zu Tit. 1 „Bölle“ theilt

Staatsminister v. Malayahn-Gölz mit, daß die verbündeten Regierungen den in der vorigen Session eingebrachten Antrag auf Einrichtung eines Reichsstatistikamtes abgelehnt haben.

Abg. Brömel (Frp.): Diese laßte Antwort auf alle die Beschwerden, die in der vorigen Session zur Annahme dieses Antrages geführt haben, ist keineswegs erfreulich und reizt die Unzufriedenheit der betreffenden Beschwerdeführer geradezu.

Bei der Ansetzung der Einnahmen ist man in dem Etat weit unter das Maß zurückgegangen, welches selbst bei vorsichtiger Rechnung für das nächste Etatsjahr zu erwarten war. Im Etatsjahr 1888 belief sich der Anschlag auf 244 Mill. Mark, in Wirklichkeit stellten sich die Einnahmen auf 282 Mill., also um 38 Mill. Mark mehr. Für das Jahr 1889 ist durchschnittlich der Betrag der Bruttoeinnahme aus den Böllen auf 273 Mill. veranschlagt. Er bleibt also noch zurück hinter dem wirklichen Betrag, den die Bölle bereits 1888/89 geliefert haben. Die vorliegenden Ernteberichte ergeben aber einen so großen Ausfall an inländischem Getreide, daß eine wesentlich größere Einfuhr zur Deckung dieses Ausfalls erforderlich sein wird, als bei der Schätzung der Einnahmen vorgeesehen ist.

Im Jahre 1888 hat Deutschland in Folge der letzten Vollerhöhung, in der dadurch eingetretener Spekulation auf diese Erhöhung, die sich mit Getreide im Voraus verlor, unmittelbar nach der Vollerhöhung einen niedrigeren Betrag von Getreide eingeführt. Sehr bald aber ist dieser Betrag an Getreidebörse erheblich gestiegen. Es war angenommen für das Etatsjahr 1889/90, daß im ganzen deutschen Reiche die Einfuhr an Getreide 13 Millionen Doppelzentner von Weizen, Roggen, Hafer sein würde. Nun sind von diesem Etatsjahr erst 7 Monate verfloßen, und es sind bereits eingeführt 11 800 000 Doppelzentner, so daß in diesen 7 Monaten fast die veranschlagte Einfuhr aller des ganzen Etatsjahres erreicht ist. Ich komme deshalb zu dem Schluß, daß der in dem Etat gemachte Ansat der Erträge der Getreidebölle viel zu niedrig veranschlagt worden ist. Aber nicht allein die Getreidebölle sind zu niedrig veranschlagt, sondern auch die übrigen Bölle ergeben nach dem bisherigen Verlauf einen Mehrbetrag von 14 Millionen Mark.

Ich würde nun vorschlagen, den Ansat des Etats einfach zu erhöhen, wenn ich der Meinung wäre, daß bei unserm gegenwärtigen Politikum es möglich sei, eine sichere Grundlage für die Schätzung der Einnahmen zu gewinnen. Finanziell bilden heute die Getreidebölle den wichtigsten Theil der Einnahmen. Nach Wiedereinführung der Getreidebölle im J. 1879 machte der Betrag dieser Bölle nur ca. 10 Prozent aller aus. In Folge der Vollerhöhungen von 1835 und 1887 ist dieser Betrag so gesteigert worden, daß schon 1888 die Getreidebölle 20 Prozent aller Einnahmen ausmachten, und mit Sicherheit steht zu erwarten, daß sie in verhältnismäßig ungünstigen Erntejahren derart steigen werden, daß sie 1/3 bis 1/2 aller Einnahmen ausmachen. (Sehr wahr! links.) Damit ist aber in unseren ganzen Einnahmetheilen durch diesen allerwichtigsten Einnahmeposten eine Unsicherheit gebracht worden, die jede dauernde Veranschlagung von vornherein unmöglich macht. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß in Zukunft Schwankungen von 20–40 Millionen Mark vorkommen, das ist von vollwiegender Schwere für das Finanzleben der Einzelstaaten. Dieses schwankende Element wirkt mit ungünstig auf die Folge der Wirtschaftspolitik im ganzen Reich.

Das Deutsche Reich hat ungeheure Vorräthe auf unentbehrliche Nahrungsmittel gelegt. Der im vorigen Jahr nach Deutschland importirte Weizen im Werthe von 144 Mill. pro Doppelcentner trägt einen Zoll von 5 M. Brutto, also 35 Prozent vom Werth der Waare, der importirte Roggen, bewertet mit 9 Mark pro Doppelcentner, ist mit einem Zoll von 5 M. belegt, das macht 55 Prozent des Werthes. Also das wichtigste und notwendige Brottorn für das deutsche Volk hat einen Zoll, der mehr als die Hälfte vom Werthe des Brotes beträgt; ebenso ist bei Hafer im Preise von 8,89 Mark ein Zoll von 45 Prozent, bei Gerste im Preise von 11,20 M. ein Zoll von 20 pCt. Eine Uebersicht über den Werth des Weizens in den verschiedenen Ländern vom 30. November für die Städte Berlin, Paris, Amsterdam, London und New-York ergibt: Weizen pro Tonne in New-York 138,20 M., in Amsterdam 143,80 M., in Wien 154,60 M., in London 156,50 M., in Paris 184,10 M. und in Berlin 195,70 M. (Hört, hört! links.) Zwischen Amsterdam, wo kein Zoll besteht, und zwischen Berlin ist demnach ein Preisunterschied von 51 M. (Hört! hört! links), und zwischen Frankreich, wo ein Zoll von 4 M. besteht, und Berlin ein Unterschied von 11,60 M. Demnach hat kein Land in Europa so hohe Weizenpreise, wie Deutschland. (Hört! hört! links.) Das gleiche

Ergebnis ist bei dem Roggen. Der Preis für den Frühjahrsertrag beträgt bei Umrechnung der Kurse in Amsterdam 128,20 Mark pro Tonne, in Berlin der steuerpflichtige Roggen 175,90 Mark. Das beweist doch, daß unsere Preissteigerung hauptsächlich durch Aufhebung der Zollschranken herbeigeführt ist.

Wie schwer dies die Bevölkerung trifft, erhellt ganz deutlich aus der ausgiebigen Benutzung der kleinen Vergünstigungen, die den Grenzwohnern für die Einfuhr geringer Mengen gestattet sind. Nach der „Köln. Ztg.“ haben an der böhmischen Grenze Ende des vorigen Monats an einem Tage 1100 Menschen die Grenze überschritten zwecks Einkaufs der kleinen zollfreien Einfuhrungen von Brot und Fleisch. Es ist sogar berechnet worden, daß vom sächsischen Erzgebirge eine Reise dritter Klasse über die Grenze zu diesem Zwecke lohnt. (Hört, hört! links.) Ähnlich ist die andauernde Wirkung auf die Fleischpreise. Auf dem Berliner Viehhof sank im Oktober und November die Schlachtung von Schweinen von 94 000 auf 77 000 Stück Vieh trotz der dauernden Zunahme der Berliner Bevölkerung. Hand in Hand damit geht ein steigender Konsum des weniger kräftigen Kaffees. Zu derselben Zeit aber, wo man in Deutschland derartig preisvertheuernde Hölle für notwendig hält, steht in einem anderen Lande eine große Partei das Programm auf, auch die letzten Lebensmittelpreise, auf Kaffee, Thee und Schokolade aufzuheben. Für Deutschland bleiben uns zwei Möglichkeiten: entweder müssen in Deutschland den Arbeitern die höchsten Löhne gezahlt werden, um die künstliche Vertheuerung auszugleichen, oder der deutsche Arbeiter muß in seiner Lebenshaltung auf das Tiefste herabgedrückt werden.

Die Uebersicht über die Ernte-Ergebnisse zeigt aber auch weiter merkwürdige Verschiedenheiten in der Zollwirkung auf die verschiedenen Landesheile. Ostpreußen hat in Weizen nur 51 Proz. einer Mittel-ernte, Rheinland 104 Proz. einer solchen. Ostpreußen hat nun also nicht nur einen großen Ernteausschlag, sondern es hat auch noch zur Deckung des eigenen Bedarfs die Zolllast in erheblichem Maße mitzutragen. Daraus ergibt sich klar, daß jeder Landwirth, der zukaufen genöthigt ist, nicht bloß unter dem ungünstigen Ausfall der Ernte zu leiden hat, sondern auch noch den höheren Zollpreis mittragen muß. Aus diesem Gesichtspunkt heraus versteht sich auch, daß Petitionen derselben Art auf Erhöhung der Viehzölle hervorgehen könnten, denn z. B. eine Petition aus Rheinland auf Erhöhung der Fleisch- und Viehzölle ist damit motiviert, daß die deutschen Landwirthe ihr Futtergetreide und Alee zc. theurer kaufen müßten als die ausländischen. Aus ganz ähnlicher Veranlassung gehen Petitionen für das Einfuhr-verbod nach Dänemark hervor.

Deutschland steht mit dieser Zollpolitik in Europa ganz exceptionell da. Die Mehrzahl der Staaten Europas hat überhaupt gar keine Getreidezölle, so England, Belgien, Holland, Finnland und die großen Getreideproduktionsländer Rumänien und Rußland. Die meisten andern haben nicht entfernt den hohen deutschen Zoll erreicht, mit Ausnahme von Portugal. Die Rücksicht auf unsere Zollverträge mit anderen Staaten kann uns von einer Ermäßigung der Getreidezölle nicht abhalten. Die anderen Länder produziren unbedenklich um unsere Zollsätze, setzen ihr Getreide ab, unsere Bevölkerung muß es kaufen und den Zoll obendrein bezahlen. Wer der Ueberzeugung ist, daß der Getreidezoll schädlich und verderblich ist, muß ihn daher abzu-schaffen suchen.

Eine neue hochwichtige Aufgabe in der Handelspolitik, die das deutsche Reich übernehmen muß, ist die, bei Handelsverträgen sich nicht mehr wie bisher passiv zu verhalten und die Frage durch die andern Länder an sich herantreten zu lassen. Die andern Länder haben bis jetzt stets die Initiative ergriffen und dadurch denn auch wichtige Erfolge zu verzeichnen, namentlich auch deshalb, weil sie nicht einer prinzipiellen Schutzpolitik huldigten, sondern weil der Grundsatz bei ihnen der leitende war, möglichst Verkehrserschwerungen unter Eröffnung von Handelsbeziehungen durch Zollleichterungen zu schaffen. Gerade die Erfahrung mit der Schweiz sollte die deutsche Regierung endlich auf den richtigen Gesichtspunkt hinführen. Es handelt sich nicht etwa schlechthin darum, einen Schutz Zoll einfach zu beseitigen, aber wenn die Regierung auch behauptet, keine Schutzpolitik prinzipiell zu betreiben, so bezugen doch die bisherigen Thatfachen das Gegen-theil. Denn wenn es galt eine Erschwerung des Verkehrs nach Deutsch-land durchzusetzen, so ist die Regierung immer dabei gewesen. Wenn

die deutsche Regierung in gleicher Weise wie die übrigen in erster Linie darauf ausgegangen wäre, durch Verkehrserschwerungen die Handelsbeziehungen zu fördern, so würde sie bei dem Abschluß neuer Handelsverträge ähnliche wirkliche Erfolge wie jene Länder zu verzeichnen haben.

Und zu einem solchen Initiativvorgehen unserer Regierung mahnt ernstlich die Lage der deutschen Ausfuhr. Es ist dringend notwendig, daß nicht noch mehr Absatzgebiete ihr verschlossen werden, es müssen ihr neue eröffnet werden. In allen Exportartikeln ist ein erheblicher Rückgang gegen das Vorjahr eingetreten. Der Eisenexport ist gegen 1888 um 8 Proz., gegen 1887 sogar um 32 Proz. gesunken. Der Export in Seilerwaren um 7 Proz., in Wollwaren um 11 Proz. Das ist bei andern Ländern nicht der Fall. Deutschland ist das klassische Land der Fabrikantenkollektionen, die ihre Artikel zu vertheuern suchen. Das wirkt unter allen Umständen nachtheilig auf den Export. Ein krasses Beispiel für die Rücksichtslosigkeit der Industriekartelle ist, daß das Eisen aus Oberösterreich ins Ausland verkauft wird, um von dort zurück zu kommen und in Oberösterreich verarbeitet zu werden (Hört! hört! links). Das ist ein Attentat auf die deutsche Erwerbsthätigkeit. Die Thonwarenschlacke ist durch Kartell zum Schaden der Landwirthschaft um 40 Prozent gestiegen. (Hört! hört! rechts). Gerade die Landwirthschaft hat den meisten Schaden von solchen Industriekollektionen.

Ich spreche über unseren Zolltarif nicht als Parteimann. Meine Forderungen können tausendfach heraus aus dem deutschen Erwerbsleben. Eine „rationelle Handelspolitik“ ist die jetzige nicht. Das beweisen die Hunderte von Klagen im Lande. Die Handelskammer in Dresden, die selbst für Schutzzölle eingetreten ist, führt die schweren Schädigungen der sächsischen Exportindustrie auf die zu hohen Schutzzölle zurück. Die Zollschranken machten sich am schwersten im Verkehr mit dem benachbarten Oesterreich geltend. Der Absatz nach dem Ausland muß durch neue Exportwege wieder gefördert werden. Der schweizer Handelsvertrag aus dem vorigen Jahre mit dem Konventionaltarif ist fast ausnahmslos von allen Handelskammern als ein großer Reformschritt begrüßt worden, daß diesem Tarifvertrage bald andere, namentlich mit Oesterreich nachfolgen! (Beifall links.)

Staatssekretär v. Maltzahn: Die Veranschlagung der Zölle ist erfolgt nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre. Es ist ja möglich, daß die Einnahmen des nächsten Jahres aus den Zöllen größer sein werden, als veranschlagt ist, ich halte es selbst für wahrscheinlich; man soll sich aber auf Wahrscheinlichkeiten nicht verlassen, sondern das einmal angenommene streng festhalten. Erst jetzt hat sich übrigens herausgestellt, daß die Ernte in vielen deutschen Distrikten eine schlechte gewesen ist, daß also der Export stärker und der Ertrag der Zölle gemächert ist. Auf die Gründe für und wider die Getreidezölle kann ich im jetzigen Stadium der Debatte nicht eingehen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 12 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Debatte.)
Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

* Berlin, 6. Dezember. Ueber die Befürchtung wegen eines neuen westfälischen Kohlenarbeiterstreikes gehen die Ansichten noch auseinander. An der heutigen Börse suchten diejenigen Kreise, die an der Ausbeutung der günstigen Kohlenkonjunktur theilhaftig sind, und die deshalb den Antrag Richter-Schrader wegen Herabsetzung der Kohlentarife als einen Eingriff in ihre Rechte ansehen, damit über die Gefahr der Situation hinwegzulaufen, daß sie geltend machten, der Strike werde unter allen Umständen nur ein partieller sein. Daß an dem gestrigen Beschluß, den Strike bereits am Montag in Szene zu legen, nur 35 von 150 Belegschaften Theil genommen haben, ist keineswegs eine Garantie dafür, daß nach dem Beginn des Strikes die Lokalisierung desselben so leicht sein werde. So lange die Sperrmaßregel besteht, über deren Bedeutung sich die „Westfälische Volkszeitung“ in durchaus sachgemäßer Weise äußert, ist die Gefahr eines allgemeinen Strikes

in keiner Weise ausgeschlossen. Selbst die den Kohlenbergwerksbesitzern geneigte „Rhein. Westf. Ztg.“ räumt heute ein, daß die Sperre, wenn sie wirklich bestanden hätte, nur als Ausnahmemaßregel hätte eingeführt werden können. Die Behauptungen, daß die Sperre heute jedenfalls nicht mehr beistehe, erscheinen etwas läßig, indem in diesen Tagen erst ein Rundschreiben des Vereins für die bergbaulichen Interessen des Ruhrbergamtsbezirk Dortmund ges. Dr. Natorp veröffentlicht worden ist, in welchem dringend empfohlen wurde, bei der Annahme neuer Arbeiter möglichst vorsichtig zu verfahren u. s. w. Dieses Rundschreiben aber trägt das Datum vom 7. November d. J., scheint also zu beweisen, daß die Sperre auch jetzt noch besteht. Immerhin würde eine Erklärung der Belegschaften, daß die Sperre aufgehoben ist, von entscheidender Bedeutung für die Beruhigung der Arbeiterverhältnisse sein. Nach den früheren Erfahrungen ist es aber kaum wahrscheinlich, daß die guten Rathschläge, welche Herr Dr. Hammacher den Mitgliedern des Vorstandes für die bergbaulichen Interessen zu geben gewillt ist, bei seinen Kollegen mehr Beifall finden werden, als im vorigen Frühjahr. Die Bemerkungen, daß durch eine Nachgiebigkeit in diesem Falle nur der Abschluß eines faulen Friedens erreicht werde, beweist, daß im Kreise der Arbeitgeber bis jetzt eine sehr geringe Neigung besteht, sich die Erfahrungen der nach England gesandten Kommission zu Nütze zu machen und nach dem Vorbilde der englischen Gewerkschaften den Arbeiter nicht als Untergebenen, sondern als einen Gleichberechtigten zu behandeln. Daß in gewissen Kreisen wenigstens bei den Mitgliedern der Kommission selbst die Beobachtung der englischen Verhältnisse nicht ganz vergeblich gewesen ist, hat man bekanntlich aus der indiskreten Veröffentlichung eines Theils dieser Berichte im sozialdemokratischen „Volksblatt“ ersehen können. Die Hauptsache ist natürlich die Praxis und wenn auf diesem Gebiete die Bergwerksbesitzer nicht aus freien Stücken andere Wege einschlagen als bisher, so werden sie sich nicht darüber wundern können, wenn sie durch die Reichsgesetzgebung gezwungen werden, in streitigen Fällen wie dem vorliegenden der Entscheidung eines Schiedsgerichts Folge zu geben. Seitens der Arbeitgeber wird freilich geltend gemacht, daß die Wirksamkeit solcher Schiedsgerichte nur dann eine heilsame sein werde, wenn die Richtung derselben aus der freien Ueberzeugung aller Theilnehmenden entspringe. Das ist gewiß sehr schön gesagt, aber so lange es sich um Strikes handelt, die unter Umständen die gesamte Industrie in Mitleidenschaft ziehen können, wird man doch nicht allzulange warten dürfen, bis die Arbeitgeber sich von der Nützlichkeit und Heilsamkeit einer direkten Verständigung mit ihren Arbeitern überzeugt haben.

— Londoner Blättern sind noch weitere telegraphische Meldungen über den Marsch der Expedition von Emin Pascha und Stanley zugegangen, welche noch bemerkenswerthe Einzelheiten enthalten. Dem „Berl. Tagebl.“ wird darüber berichtet: „Die Karawane Emin und Stanleys kam am Sonntag in Khartoum an; alle Europäer waren wohl und munter, nur Mr. Stevens, der Korrespondent des „New York Herald“, war auf seinem kurzen Marsch von der Küste fieberkrank geworden. Von den 285 Leuten Emin sind viele so alt, schwach und krank, daß sie von Stanleys Sanjibaren getragen werden müssen. Unter den Truppen und Trägern herrscht bewundernswürdige Disziplin. Auf Anordnung Wismanns marschiren Leutnant Schmidt und seine Soldaten als Avantgarde der Expedition voraus und wählen die Lagerplätze aus. Stanley und alle seine

Berliner Brief.

Von Otto Felsing.

(Nachdruck verboten.)
Berlin, 6. Dezember.

Die verfloßene Woche war für den Feuilletonisten eine sehr ereignisreiche, und da der Feuilletonist überdies auch nur „ein Mensch ist, sozusagen“, so war sie für ihn auch eine recht strapazirte! War doch auf fast all' den Gebieten „etwas los“, welche in den so viel umfassenden Bezirk des Feuilletons fallen, oder auch nur dessen Grenzen streifen! Sogar ein Fach des weiten und immer weiter werdenden Gebiets der Wissenschaften heischte diesmal die Feder des Feuilletonisten, anstatt derjenigen des Gelehrten, und es wäre im Nothfalle selbst mit dem Bleistift des Lokaltreporters zusammen mit dem Stifte des ordentlich befrachten „Hochschulschreibers“ zufrieden gewesen! Denn es handelte sich diesmal nicht um die Verlobung einer der vielen neuen, großartigen Entdeckungen, welche in so ziemlich jedem Zweige der Wissenschaft Woche für Woche gemacht werden, vielmehr um die Benachrichtigung des Publikums von der feierlichen Einweihung des neuerbauten Museums für Naturkunde. — Diese Einweihung geschah im Beisein des Kaisers, der Kaiserin, in Gegenwart der immer noch anmuthigen Prinzessin Friedrich Karl, deren lebenswürdige Züge leider schon jetzt den Ausdruck annehmen beginnen, welchen man ja auch sonst bei den meisten, lange Jahre hindurch schwerhörigen findet — im Beisein einer ganzen Anzahl von Fürstlichkeiten, der Vertreter der Universität, der Stadtbehörden, sowie einer großen Zahl von Ehrengästen aus Künstler- und anderen Kreisen, und schließlich in Anwesenheit vieler, nicht ehrenhalber, sondern nur ihrer Feder halber eingeladener Journalisten und Schriftsteller! Es war eine glanzvolle Veranstaltung, die sich lauslos um das unter einem Baldachin getretene Kaiserpaar gruppirt. Daß es aber ein besonderes Vergnügen war, zu dieser Versammlung zu gehören, das möchte ich gerade nicht behaupten! Mußten doch die Anwesenden eine unendlich lange Rede des Kultusministers v. Götler geduldig über sich ergehen lassen, eine Rede, welche der Monarch, an den sie gerichtet war, trotz ihrer un—üblichen Länge, stehend und ohne sich zu regen, mitanhörte! Zum Glück faßten sich die fernerhin das Wort ergreifenden Herren sehr viel kürzer; wie z. B. der alte Prof. Beyrich, Direktor der paläontologischen Sammlung, der dem Kaiserpaar für dessen Erscheinen dankte, und der Universitätsdirektor Finkelnburg, welcher dem Reichsoberhaupt die Huldigung der Wissenschaften dar-, und sodann ein vom Publikum höchst

lebhafte aufgenommenes dreimaliges „Hoch!“ ausbrachte. Der Kaiser richtete nach Beendigung der offiziellen Feier einige freundliche Worte an verschiedene der anwesenden Staatswürdenträger wie an mehrere Vertreter der Wissenschaft und befiel danach den Wagen . . . seine Zeit war gerade an diesem Tage sehr in Anspruch genommen . . . sonst hätte er wohl noch einen Rundgang durch das neue, schöne Gebäude gemacht, wie das bei dergleichen Eröffnungsfeiern allgemein üblich ist und auch von ihm bisher stets beobachtet wurde.

Das Museum ist ein, nicht mit überschwänglicher Pracht, aber in schön gestalteter Form errichtetes Gebäude, von ebenso solider wie reicher Ausschmückung. Es liegt im „Studentenviertel“ Berlins, das sich zwischen der Straße „Unter den Linden“ bis zur ehemaligen Stadtumwallung, also etwa im Halbhogen über das nördliche Ende der Friedrichstraße hinzieht; das Museum liegt zwischen zwei in ziemlich gleichem Stile ausgeführten Gebäuden, die gleichfalls der Forschung dienen, der „Bergakademie“ und der „landwirthschaftlichen Hochschule“, und zwar so, daß das neue Museum nicht gleich den andern beiden Bauten mit seiner Front an die Invalidenstraße stößt. Es dehnt sich zwischen dieser letzteren und dem vierflügeligen Museum ein ziemlich tiefer Vorgarten aus.

Im Erdgeschoß des Vordergebäudes sind die Sammlungen für Gesteinskunde, sowohl für die Mineralogie, als auch die Versteinerungen untergebracht, während das erste Geschoß Arbeitszimmer für Professoren und Studenten enthält. Auch diese Sammlung ist, wie die außerordentlich reichhaltige, 17 Säle umfassende zoologische Sammlung, in zwei Abtheilungen gegliedert, von denen die eine dem schaubegierigen Publikum zugänglich ist, die andere aber, nur mit streng wissenschaftlichem Material gefüllt, lediglich den Arbeitenden dient. Vortrefflich ist dabei die Einrichtung, daß die für das Publikum bestimmte zoologische Abtheilung nicht Thier neben Thier in regelrechten Reihen aufgestellt zeigt, sondern uns die Thierwelt in ganzen Gruppen, gleichsam lebendig, beim Höhlenbau, beim Beschaffen der Nahrung, beim Einrichten der Nester u. s. w. belauschen läßt.

Es war ein schwieriges Stück, diese Sammlung so unterzubringen, wie geschehen ist; zählt sie doch, wie jüngst verlautbarte, nicht weniger als 356 000 Nummern, von denen etwa 65 000 auf die Käfer, 80 000 auf die Schmetterlinge und anderen Insekten entfallen sollen, 40 000 auf die Conchylien, 8000 auf die Krebsthiere, 14 000 auf die Fische, 12 000 auf die Reptilien und Amphibien, 30 000 auf die Vögel und 7000 auf die Säugethiere! Man hat also hier eine Fülle von

wissenschaftlichem Material, wie es wohl anderswo in ähnlicher Reichhaltigkeit selten zu finden sein wird.

Der Kaiser und seine Gemahlin hatten übrigens an diesem Tage nicht nur des Vormittags, eben bei Gelegenheit der Museums-Einweihung, Repräsentationspflichten zu genügen. Die hohen Herrschaften nahmen vielmehr auch noch am Abend eine solche Pflicht auf sich — freiwillig, nicht weil es ihr Rang verlangte! Sie sahen sich nämlich in den, seinem eigentlichen Zwecke bereits entfremdeten Königsbau einen Zylus „lebender Bilder aus Afrika“ an! Was den Kaiser selber anlangt, so muß allerdings die Einschränkung hinzugefügt werden, daß er nicht einmal bis zum vierten Bilde blieb, vermutlich, weil er an dem ersten dreien schon mehr als genug hatte! Denn während das Publikum an jenem Abend das allerbeste, vornehmste und feinste war, das in Berlin überhaupt aufzutreiben ist, (die Veranstaltung ging von Damen und Herren der exklusivsten Gesellschaft aus, und der Reinertrag der Vorstellungen ist zum Besten der Errichtung eines deutschen Krankenhauses in Jangibar bestimmt) während also die Zuschauer die „erlesensten“ waren, zeigten sich die „lebenden Bilder“ als so jämmerlich dilettantenhafte, so ohne jedes Geschick gestellt, so geradezu läppisch, daß selbst dieses wohl-erzogene Publikum unruhig wurde, und den Saal, so oft er eines neuen Bildes wegen verbunkelt wurde, zu Dutzenden, ja vielleicht (schadweise verließ! Sein Geld wollte das Publikum wohl hergeben, aber sich nicht auch noch obendrein einen langen, allzulangen Abend hindurch „anöden“ lassen. Es that recht daran; so drolligswürthe „lebende Bilder“ sind in Berlin öffentlich wenigstens noch niemals vorgeführt worden! — Man glaubte allgemein, daß es die Veranstalter bei dieser einen, mit so traurigem Mißerfolg von Ratten gegangenen Vorstellung bewenden lassen würden! Das war indeß nicht der Fall; denn nachdem die Vorstellungen einen Tag lang unterblieben waren, weil im Königsbau „ein Rohr geplatzt war“, sind sie von Neuem aufgenommen worden! — Des guten Zweckes wegen mag man sich darüber freuen; andere Gründe zur Freude über diese neueste „afrikanische Niederlage“ hat man leider nicht!

Gehen wir nun von den „lebenden“ Bildern zu den gemalten über! Im „Verein Berliner Künstler“ sind ebenso wie im Gurlittschen und im Schulteschen Kunstsalon eine Anzahl hochbedeutender Bilder ausgestellt, von denen eines wenigstens hier mit der Feder nachskizziert werden soll, soweit eben bei der nothgedrungenen Kürze des mir für die einzelnen Thematata zur Verfügung stehenden Raumes eine Veranschau-

